

Donald Trump ernennt Mike Pence zum Vizekandidaten, ein Mitglied des U.S. Supreme Courts übt öffentlich Kritik, und U.S. Politiker äußern sich zu dem Anschlag in Nizza

Zusammenfassung der U.S.-Berichterstattung vom 11. Juli bis 17. Juli 2016

(ms) In der vergangenen Woche beschäftigte sich die U.S.-amerikanische Presse mit Donald Trumps Entscheidung Mike Pence als seinen Vizekandidaten zu nominieren, der Kritik eines Supreme Court Mitgliedes an Donald Trump, und den amerikanischen Reaktionen zu dem Anschlag in Nizza.

Donald Trump hat seine Nominierung für den Vizepräsidentenskandidaten bekannt gegeben. Seine Wahl ist auf den Gouverneur von Indiana gefallen, Mike Pence. Die *NY Times* nennt ihn „Trump's größten Kompromiss“, da die beiden nicht in allen politischen Aspekten übereinstimmen. Laut der *Chicago Tribune* zeigt diese Nominierung, dass Pence seinen eigenen Ideen und Prinzipien nicht treu ist, da er sich in der Vergangenheit gegen Verhaltensweisen, wie Trump sie zeigt, ausgesprochen hat. Der *Boston Globe* nennt andere Gründe, warum Pence keine gute Wahl sei. Er hat keinerlei Erfahrung mit Amerikas Außenpolitik und konnte bisher keine großen Erfolge im Kongress verbuchen. Dem widerspricht die *L.A. Times* und betont, dass Pence genug politische Erfahrung vorweisen kann. Jedoch betrachtet die Zeitung einen anderen Aspekt als kritisch. Pence könne sich als Vizekandidat nicht gegen Trump durchsetzen. Die *L.A. Times* vermutet weiter, dass Trump sich dessen bewusst war. Nichtsdestotrotz sind der *Boston Globe*, die *L.A. Times* und die *NY Times* der Meinung, dass Trump eine schlechtere Wahl hätte treffen können.

In verschiedenen Interviews in der vergangene Woche sprach sich Ruth Bader Ginsburg, ein Mitglied des U.S. Supreme Courts, gegen Donald Trump als Präsidenten aus. Auch wenn es keine festen Regelungen für Supreme Court Mitglieder diesbezüglich gibt, betont die *L.A. Times*, dass Ginsburg mit ihrer öffentlichen Kritik an Trump gegen den Verhaltenskodex der amerikanischen Richter verstoßen hat. Dieser besagt, dass sich Richter nicht öffentlich für oder gegen politische Kandidaten oder politische Organisationen

aussprechen sollten. Wie die *L.A. Times* weiter berichtet, nahm Trump unverzüglich Stellung zu Ginsburgs öffentlicher Kritik und nannte diese „höchst unangebracht“. Damit stimmen viele U.S. Medien überein. Die *USA Today*, die *Washington Post* und die *NY Times* erkennen alle, dass Ginsburg sich damit nicht nur selbst geschadet hat, sondern auch ein schlechtes Licht auf den Supreme Court und dadurch auch auf ganz Amerika wirft. Laut der *USA Today* hat Ginsburg durchaus das Recht ihre Meinung zu äußern, sollte dies aber aufgrund ihrer Position nicht tun.

Am Donnerstag den 14. Juli 2016 ereignete sich erneut ein Anschlag auf französischem Boden. Ein Lkw-Fahrer fuhr ungebremst in eine Menschenmenge auf der Uferpromenade in Nizza. Bei diesem Anschlag wurden 84 Menschen getötet. Der Schock über diesen Anschlag war diese Woche klar zu spüren in der U.S.-amerikanischen Presse. Besonders politische Stimmen über die stetig wachsende weltweite Terrorgefahr wurden laut. So berichtete die *NY Times* zum Beispiel über Newt Gingrichs Äußerungen, dass sich alle Personen mit muslimischem Hintergrund einem Test unterziehen und gegebenenfalls abgeschoben werden sollten, um Amerika sicherer zu machen. Der ehemalige Sprecher des Repräsentantenhauses sprach sich ebenfalls für eine Überwachung aller Moscheen aus. Donald Trumps Reaktion war ähnlich simpel. Laut dem *Boston Globe* wolle der Präsidentschaftskandidat dem Terror den Krieg erklären. Auch wenn dazu ein konkreter Plan fehlt, trifft diese Reaktion zurzeit durchaus das Gemüt der Amerikaner. Die *Washington Post* und der *Boston Globe* schreiben darüber hinaus noch von einer wachsenden Unsicherheit in der westlichen Gesellschaft. Da es unvorhersehbar ist, wann und wo der nächste Anschlag stattfindet, ist es unmöglich präzise Sicherheitsvorkehrungen zu treffen. „Sicherheit ist eine Illusion“ schreibt der *Boston Globe* diesbezüglich. Ein Statement welches alle Länder dazu aufrufen sollte gemeinsam an einem Plan für Terrorbekämpfung zu arbeiten.

Quellen:

www.nytimes.com

www.latimes.com

www.usatoday.com

www.bostonglobe.com

www.washingtonpost.com

www.chicagotribune.com